

Zum momentanen Stand der Tunneldiskussion sprach Markus Wagner mit Prof. Dr. Michael Piazolo, Landtagsabgeordneter der Freien Wähler.

Schreckensbild S-Bahn-Tunnel

HN: Auf der Infoveranstaltung der Freien Wähler (FW) am 7.10.2010 im Landtag haben wir Frank Kutzner vom Bayerischen Verkehrsministerium gehört. Was sagen Sie dazu, dass ein Ministeriumsvertreter nach wie vor nicht weiß, ob ein Südast des Zweiten Stammstreckentunnels gebaut wird oder nicht?

Piazolo: Das war für mich bei der Veranstaltung auch eine ganz zentrale Aussage. Da habe ich mir eine deutlichere Zielrichtung erwartet. Das ist schon ein Schreckensbild, wenn man glaubt, man kann die Haidhauser mit sieben Jahren Baulärm belästigen und dann im Anschluss sagt: Jetzt kommt noch der Südast und wir beginnen wieder. Selbst wenn der eine oder andere planerische Gedanke dafür sprechen könnte ó in dem Moment, wo man sich mal in die Situation der Bürger hineinversetzt, kann man so nicht planen und darf das auch nicht. Das war für mich an dem Abend auch ein ganz erstaunliches, und ich muss ganz offen sagen, erschreckendes Ergebnis.

HN: Auf der jüngsten außerordentlichen Bürgerversammlung hatte Ulrich Sedlacek unter anderem eine Anfrage gestellt, ob es inzwischen eine offizielle Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) für den Tunnel gibt. Aus dem Verkehrsministerium erhielt er die Antwort, dass die NKU nicht öffentlich zugänglich sei. Wieviel Geheimniskrämerei darf es bei einem öffentlichen Verkehrsprojekt geben?

Piazolo: Nach Möglichkeit gar keine, es sei denn es geht wirklich um den Schutz von ganz sensiblen Daten eines Unternehmens. Aber hier geht es im wesentlichen auch um die Deutsche Bahn. Ich möchte zwar nicht immer den Vergleich ziehen zu Stuttgart 21, aber ich glaube auch, dass da Fehler gemacht wurden in der Information

der Öffentlichkeit und der Bürger. Und da gibt es viele andere Großprojekte die man nennen kann und aus diesen Fehlern muss man schnellstmöglich lernen, und ich glaube, wenn man die Menschen bei einem Projekt mitnehmen will, dann muss man sie informieren, informieren, informieren. Und das offen, denn es kommt dann früher oder später so oder so raus und dann ist das Erwachen oftmals grausam für diejenigen, die es organisiert haben. Also ich glaube, die Politik und die Ministerien müssen da in Zukunft mit offenen Karten spielen, gerade bei Großprojekten.

HN: Da Sie es vorhin schon angesprochen haben: Welche Parallelen sehen Sie zwischen dem Münchner Tunnel und Stuttgart 21?

Piazolo: Man sollte es jetzt nicht in den Dimensionen vergleichen. In Stuttgart hat sich vieles angestaut. Aber Ähnlichkeiten gibt es natürlich. Beide Strecken liegen im Zentrum der Stadt, es geht auch um eine Achse durch die Stadt, es werden Bürger unmittelbar betroffen und es geht um Summen, die deutlich die zwei Milliarden sprengen. Bei Stuttgart 21 ist es noch mal mehr und von Seiten der Politik, der Ministerien und der Bahn sind die Verfahren nicht so gelaufen, wie man sich das wünscht, insofern gibt es durchaus noch die eine oder andere Parallele.

Ich sehe ein Problem darin, dass man die Bürger erst am Ende der Planung beteiligt, beim Planfeststellungsverfahren mit ihren Einwendungen, wo auch die Planung dann schon so feststeht, dass sich die Planer nicht mehr gerne davon verabschieden wollen. Dass ist schon ein großes Problem.

HN: Was spricht aus ihrer Sicht noch gegen den Münchner Tunnel in seiner jetzigen Planung?

Piazolo: Da gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Die erste Frage, die sich stellt, ist im Grunde

genommen die Kosten-Nutzen-Analyse, ob man nicht den gleichen Nutzen bekommt, wenn man ein wesentlich billigeres Projekt, nämlich den Südring baut. Der ist zu zwei Dritteln billiger und meines Erachtens von gleichem Nutzen. Zweitens die planerische Überlegung, ob man in München alles auf das Zentrum hin ausrichtet, ob man parallel zum jetzigen Tunnel noch einmal einen baut und nicht in den Südring hineingeht. Aber der Dritte und für mich wichtigste Punkt ist das Sicherheitsrisiko. Man weiß wirklich, dass es in Haidhausen um gefährliche, riskante Böden geht, um einen hohen Wasserstand nahe der Isar, dass man eine ganz enge Wohnbebauung hat und dass man hier sicherlich noch nicht alle Risiken abschätzen kann. Darin sehe ich die größten Defizite dieses Projektes.

HN: Welche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme gibt es momentan, nach Ablauf der Einspruchsfrist? Was planen die Freien Wähler?

Piazolo: Die Einspruchsverfahren werden jetzt abgearbeitet, je nachdem wie sie ausgehen, wird es danach Klagen geben, bei den anderen Planungsabschnitten gibt es die inzwischen ja auch. Hier gibt es die Möglichkeit, durch Gerichtsverfahren das Projekt zeitlich hinauszuzögern. Zweitens muss man auf das Finanzierungsrisiko aufmerksam machen. In Zeiten knapper Kassen ist die Frage, ob man sich ein solches Objekt mit relativ geringem Nutzen wirklich leisten möchte. Da sehe ich die größten Chancen, dass man sagt, wir können nicht alle Projekte des Bahnknotens Münchens realisieren.

Dritte Möglichkeit ist die Lobbyarbeit in den einzelnen Parteien. Es gibt Parteien wie die Freien Wähler, die dieses Projekt in München ablehnen, andere die es teilweise ablehnen und teilweise

gutheißen, wie die Grünen oder die FDP, andere, die es voll unterstützen, wie die SPD und die CSU. Da gilt es natürlich, durch den Bürgerprotest und die Bürgerinitiative Druck aufzubauen, dass sich hier Meinungen verändern.

HN: Gibt es momentan von parlamentarischer Seite, von Seiten der Freien Wähler, noch Möglichkeiten der Einflussnahme?

Piazolo: Die klassische parlamentarische Diskussion ist mit der Zustimmung im Landtag und im Stadtrat gelaufen, so ist zumindest pro forma für den Tunnel eine Hürde genommen. Das heißt aber nicht, dass einem alle politischen Mittel aus der Hand geschlagen sind. Ich habe selbst schon mit dem Bundesfinanzminister Kontakt aufgenommen und ihm einen Brief geschrieben, habe auch bei Bundesverkehrsminister nachgehakt. Das sind natürlich Möglichkeiten. Wir werden auch mit Anfragen ans Bayerische Wirtschaftsministerium herangehen. Eigentlich sollte die Finanzierung ja bis zum Sommer diesen Jahres stehen. Bis heute, sprich Spätherbst, ist noch nichts da, Gott sei dank. Das zeigt aber auch, wie schwierig die Finanzierung ist. Und da werden wir immer wieder nachhaken, um das Thema am Laufen zu halten. Und wir werden weiter in Kontakt bleiben mit der Bürgerinitiative und den Menschen in Haidhausen. Denn uns ist auch klar, dass Bürgerprotest immer auch politische Aktionen von Parteien oder Fraktionen zusätzlich unterstützt.

HN: Wie kann eine bessere Bürgerbeteiligung aussehen? Bürgerbegehren und Volksbegehren gibt es ja schon in Bayern.

Piazolo: Bürgerbegehren ist bei Tunnel ein Problem, weil ja hier sowohl der Bund, das Land und die Stadt München sowohl planerisch wie finanziell eingebunden sind. Deswegen ist es rechtlich nicht möglich, nur ein Bürgerbegehren in München oder ein Volksbegehren in Bayern zu machen, da es haushaltsrelevant ist. Da liegt die Problematik: Unsere Mittel der direkten Demokratie reichen nicht

aus und wir machen uns Gedanken für eine Stärkung, das heißt z.B. ein Herabsetzen des Quorums, damit man leichter ein Bürgerbegehren einreichen kann. Eine zweite Zielrichtung ist, dass man die Bürger bei Großprojekten schon im Planungsstadium aktiv beteiligt. Dass ließe sich durch eine gesetzliche Änderung erreichen. Das werden wir auch prüfen. Insgesamt glaube ich aber, dass das Verständnis geweckt werden muss für mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit. Das geht auch los mit Dingen wie einer Informationsfreiheitsgesetz, das jeder Bürger die Unterlagen, die eine Verwaltung von ihm hat, auch einsehen kann. Es gibt Gemeinden, die das schon machen, die Stadt München stellt sich aber noch quer. Da gibt es immer noch Beschränkungen. Wir kennen das eher aus dem skandinavischen Raum. Dort hat man andere Einstellungen, dort ist auch das Bewusstsein noch stärker, dass sowohl die Politik als insbesondere auch die Verwaltung dem Bürger dient. Sie wird ja auch von ihm bezahlt. Da sind wir in Teilen schon auf einem ordentlichen Weg, aber das kann man verbessern. Im Endeffekt muss ja von Politik und Verwaltung das Ziel sein, das Wohl des Gemeinwesens zu mehren. Das sollte nicht gegeneinander sondern miteinander betrieben werden.

HN: Also immer noch obrigkeitsstaatliche Tendenzen?

Piazolo: Richtig. Aber nehmen sie als einfaches Beispiel, eine normale Bürgerversammlung: zuerst haben wir eine halbe Stunde den Bericht der Stadt, dann eine halbe Stunde der BA-Vorsitzende, dann kommt der Sicherheitsbericht, da sind meist schon eineinhalb Stunden vorbei, bis der erste Bürger das Wort ergreift. Da hat man manchmal das Gefühl, man hat Angst vor dem Bürger. Als ich damals neu in den Münchner Stadtrat gewählt wurde, lautete mein erster Antrag, die Bürger spätestens nach einer halben Stunde zu Wort kommen zu lassen. Aber mir wurde beschiedenermaßen, dass diese Angelegenheit vom Oberbürgermeister persönlich geregelt wird. Dementsprechend wurde der Antrag auch abgelehnt.

HN: Manche Kritiker sagen, es gibt Themen wie beispielsweise die Todesstrafe, über die sollte man tunlichst nicht in einem Volksbegehren abstimmen dürfen.

Piazolo: Da ist vielleicht ein Körnchen Wahrheit dran. Aber insgesamt habe ich es bisher in allen Diskussionen erlebt, dass die Bürger sehr offen und sehr bereit zur Diskussion sind und dabei sehr sachkundig und sehr sachlich zu bleiben. Außerdem zwingt man Politik und Verwaltung in einen Aufklärungsprozess, sobald es eine Abstimmung gibt. Dann muss man Argumente bringen und um Stimmen und Zustimmung kämpfen. Ich glaube das tut unserer politischen Landschaft nur gut.

HN: Herr Piazolo, vielen Dank für das Gespräch.